

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 30. Oktober 2023
Kantonsratspräsidentin Schmutz Judith

A 1073 Anfrage Heeb Jonas und Mit. über die Unterstützung der Forderungen nach einer klimagerechten Schweizerischen Nationalbank (SNB) / Finanzdepartement

Jonas Heeb ist nicht mehr im Rat vertreten. Die Anfrage wurde von Samuel Zbinden übernommen. Samuel Zbinden ist mit der Antwort des Regierungsrates nicht zufrieden und verlangt Diskussion.

Samuel Zbinden: Wissen Sie, was mich an der Politik manchmal richtig frustriert? Wenn wir uns als Staat, Kanton oder Gemeinde klare Ziele setzen und unsere eigenen Institutionen diese Ziele entweder ignorieren, sie untergraben oder ihnen diametral dagegenarbeiten. Diese Problematik sehen wir bei der Schweizerischen Nationalbank (SNB). Auf der einen Seite hat die Schweiz glasklare Ziele zum Schutz des Klimas und der Biodiversität. Auf der anderen Seite steht das Handeln der SNB, die so wirkt, als hätte sie noch nie von diesen Zielen gehört. Die SNB ist eine der klimaschädlichsten Zentralbanken und liegt in verschiedenen Klima-Rankings hinter allen anderen westeuropäischen Zentralbanken zurück. Die SNB finanziert mit ihrem Portfolio eine Erwärmung von 4 bis 6 °C. Zudem investiert die SNB weltweit in zahlreiche klimaschädliche Unternehmen wie zum Beispiel Exxonmobil, Chevron, Duke Energy, Shell und weitere. Der Konzern Exxonmobil allein ist mit seinen Öl- und Gasförderungen für mehr als 1 Prozent der gesamten weltweiten CO₂-Emissionen verantwortlich. Mit diesem Handeln und diesen Finanzierungen untergräbt die SNB die schweizerische Klimapolitik, das Pariser Abkommen, die Biodiversitätskonvention und notabene auch ihre eigenen Richtlinien. Was hat das alles mit dem Kanton Luzern zu tun? Luzern ist wie auch die anderen Kantone mit 1770 Aktien an der SNB beteiligt. Die klimaschädlichen Investitionen der SNB verstossen konkret gegen unsere eigenen kantonalen Planungsinstrumente, gegen den Klima- und Biodiversitätsbericht. Es ist dringend, dass der Kanton Luzern etwas dagegen unternimmt. Was kann er tun? Dieses Jahr hat die Koalition Forderungen an die Generalversammlung der SNB gestellt. Luzern könnte sich dieser Koalition anschliessen und Druck auf die SNB ausüben. Die SNB muss endlich konkret aufzeigen, wie sie proaktiv und möglichst effektiv zur Umsetzung des 1,5 °C-Ziels und der Biodiversitätsziele beitragen kann. Das betrifft unter anderem den so wichtigen Bereich des Divestments. Das heisst, dass die SNB alle Aktien von Kohle-, Gas- und Ölfirmen verkauft und nur dann Ausnahmen macht, wenn die Firmen konkret aufzeigen, wie sie die Energiewende schaffen können. Dieser Impact wäre riesig, allein der Ausschuss der 13 umweltschädlichsten Unternehmen würde den CO₂-Fussabdruck der SNB-Investitionen schon um einen Fünftel reduzieren. Ein gutes Beispiel dafür ist die Norwegische Staatsbank, die eine wesentlich

tieferer CO₂-Intensität als die SNB aufweist und konkrete Divestmentpläne hat. Die Regierung versteckt sich hinter dem ständigen Argument der Preisstabilität, welche die SNB garantieren müsse, und dass keine weiteren Forderungen gestellt werden dürfen. Zudem sei der Kanton Luzern auch nicht zuständig. Es geht hier nicht einfach um beliebige Forderungen, sondern um die Einhaltung unserer eigenen Ziele, die sich der Bund und wir gegeben haben.

Priska Fleischlin: Die SP-Fraktion erachtet als zwingend, ethische und handlungsleitende Prinzipien über schweizerische Geldflüsse zu haben, sei es auf kommunaler, kantonaler oder nationaler Ebene. Der Regierungsrat schreibt in seiner Antwort, dass die Wirtschaft und die Gesellschaft ohne Preisstabilität nicht gut funktionieren würden. Es gebe unerwünschte Verteilungseffekte, und der soziale Zusammenhalt sei gefährdet. Das sehen wir anders. Genau genommen ist es nicht die Preisstabilität, die zu Frieden und Wohlstand führt, sondern umgekehrt: Investitionen in ökosoziale Bereiche bilden Frieden und Wohlstand, und dadurch entsteht Preisstabilität. Ich bin im Berufsverband tätig und könnte Ihnen zig Beispiele aus anderen Ländern bringen, wo das eben nicht gelingt, weil die Regierungen diese Verantwortung auf verschiedenen Ebenen nicht wahrnehmen. Der Kanton Luzern hat eine soziale Grundsicherung und muss diese immer wieder vertreten und gegenüber starken Sparinteressen verteidigen. Die Preisstabilität ist durchaus ein zentraler Wert. Deshalb ist es wichtig, dass wir in der reichen Schweiz, die bekannt ist für ihre Banken, unsere Verantwortung gerade bei den Banken wahrnehmen. Das können wir tun, indem wir klare und positionsbezogene Kriterien festlegen. Die Schweiz hat die Sustainable Development Goals (SDGs) angenommen, die Kantone sind für die Umsetzung mitverantwortlich. Somit gelten diese Nachhaltigkeitsziele auch für den Regierungsrat als handlungsleitende Prinzipien. Die SP-Fraktion wünscht sich vom Regierungsrat, dass er bei der SNB auch dementsprechend auftritt und ökosoziale Prinzipien und Ziele als Grundlage für die wirtschaftliche Preisstabilität vertritt.

Heidi Scherer: Die Hauptaufgaben der SNB sind die Gewährleistung der Preisstabilität und die Geldversorgung sowie die Überwachung der Stabilität des Finanzsystems. Betreffend Anlage der Währungsreserven besteht eine klare Anlagepolitik, die vom Direktorium der SNB definiert wird. Es muss eine breite Diversifikation und eine hohe Liquidität dieser Anlagen vorhanden sein. Die Anlagen werden grundsätzlich marktneutral und passiv investiert. Es gibt klar definierte Ausschlusskriterien, die in der Antwort des Regierungsrates aufgezeigt werden. Die Unabhängigkeit der SNB ist unantastbar und sehr wichtig für unsere Stabilität. Vermutlich trägt sie auch dazu bei, dass wir uns im Vergleich zu anderen Ländern wirklich viele Bemühungen leisten können, um die Klimaziele zu erreichen. Die Anfrage wurde vom Regierungsrat umfassend und klar beantwortet. Die FDP-Fraktion steht voll und ganz hinter der Haltung des Regierungsrates. Wenn ich die in der Anfrage erwähnten Unternehmen sehe, muss man sich schon die Frage stellen, ob die Energieunternehmen, die Öl und Gas fördern oder verarbeiten, von linken und grünen Gruppierungen am liebsten gar nicht mehr gekauft würden oder gar nicht mehr existieren sollten. Ist man sich dessen bewusst, dass wir alle heute und auch in Zukunft noch auf fossile Energieträger angewiesen sind? Es geht nicht nur um Benzin oder um Ölheizungen, sondern auch um die vielen Produkte und Derivate, die als Zutat Erdöl oder Erdgas beinhalten und die wir alle kaufen und nutzen. Einfach im Sinn von Greenwashing auf Investitionen in solche Unternehmen zu verzichten, ist überhaupt nicht zielführend und eher etwas scheinheilig. In der Konsequenz müsste man ja auf sämtliche Produkte verzichten, die solche Stoffe beinhalten. Das würde auch für Ferien in einem alten VW-Bus gelten. Ich nehme aber nicht an, dass wir dazu bereit sind.

Thomas Alois Hodel: Die Regierung legt in ihrer Antwort klar dar, dass es nicht ihre Aufgabe ist, in die Geschicke der SNB einzugreifen. Wie man der Antwort ebenfalls

entnehmen kann, ist es auch nicht der Auftrag der SNB, Politik zu machen, sondern für die Preisstabilität zu sorgen. Der Anfrage ist zu entnehmen, dass es angeblich dem Klima hilft, wenn Mikrobeteiligungen an Chevron, Exxonmobil und Shell abgestossen werden. Wenn man weiss, wie ein Markt funktioniert, so weiss man auch, dass jemand diese Aktien auch kaufen muss. Wie das dem Klima helfen soll, weiss ich nicht. Am Schluss würden irgendwelche Schurkenstaaten ihre Beteiligungen ausbauen, was auch nicht hilfreich wäre. Samuel Zbinden hat Norwegen als Beispiel genannt. Man kann schon eine grüne Nationalbank und keine solchen Firmen im Portfolio haben, wenn man nebenher einen Staatsfonds für die schmutzigen Geschäfte hat. Dieser Staatsfonds wird staatlicher Pensionsfonds genannt, er ist 700 Milliarden Euro stark und basiert hauptsächlich auf der Erdöl- und Gasförderung, die Norwegen auf seinem Staatsgebiet in Grönland und im Meer macht. Man kann schon sagen, das sei grün, meiner Meinung nach ist es das aber nicht. Die Europäische Union (EU) hat sogar erklärt, dass in Norwegen Öl und Gas über 2030 hinaus gefördert werden sollen.

Eliane Graber: Die Mitte-Fraktion kann dem Votum von Heidi Scherer folgen. Samuel Zbinden hat die verschiedenen Staatsebenen angesprochen. Die SNB ist beim Bund angegliedert. Für die Bankenregulierung ist der Bund zuständig. Ich würde dieses Anliegen den neuen Nationalräten, die heute noch unserem Rat angehören, nach Bern mitgeben, dann wäre es auch am richtigen Ort platziert.

Samuel Zbinden: Zum Votum von Thomas Alois Hodel: Wir haben vom selben norwegischen Staatsfonds gesprochen, es sind nicht zwei unterschiedliche Organisationen. Der norwegische Staatsfonds hat sein Geld ursprünglich durch schmutzige Geschäfte erzielt. Ich finde es aber ein schönes Beispiel, wie man solches Geld, das durch klimaschädliche Weise verdient worden ist, nutzen kann, um diese Fehler wiedergutzumachen.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Wir haben uns nicht hinter der Aufgabe der SNB versteckt, aber eindeutig auf die zentrale Aufgabe der SNB hingewiesen und darauf, wie sie dieser nachkommt. Wir und unsere Volkswirtschaft sind dringend darauf angewiesen, dass sie diese Aufgabe sehr ernst nimmt und uns die erforderliche Stabilität gibt. Wir haben in der Antwort darauf hingewiesen, welche Richtlinien bei der SNB zur Anwendung kommen. Ich habe in der heutigen Diskussion nicht festgestellt, was an diesen Richtlinien nicht gut sein soll. Es wäre hilfreich gewesen, diesbezüglich konkrete Aussagen zu machen und nicht einfach pauschale Urteile zu fällen.